Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1931

24.8.1931 (No. 195)

Visual Library

Nr. 195 Montag, den 24. August 1931 174. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Konsularische Vertretung Brasiliens

Der zum Brasilianischen Generalkonsul in Hamburg ernannte Herr Bento Carvalho do Paco ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

1,25 Milliarden Gesamtdefizit der Länder und Gemeinden

Die Verordnung zur Sicherung des Haushalts

Wie wir erfahren, ist die vom Reichskabinett angekündigte **Verordnung zur Sicherung der Haushalte** für Mitte dieser Woche zu erwarten. Die amtliche Mitteilung selbst läßt erkennen, daß die Reichsregierung das Problem für außerordentlich dringlich hält. Sie wird deshalb jeden Zeitverlust zu vermeiden suchen, zumal die **Sanierung der Länder- und Gemeindefinanzen** bereits bis zum 1. Oktober durchgeführt sein soll. Es stehen also nur etwa fünf Wochen zur Verfügung, eine zweifellos kurze Zeit, wenn man sich den Umfang der Aufgabe vor Augen hält, die den Ländern und Gemeinden hieraus gestellt ist.

Nach den Unterlagen, die für den Beschluß des Reichskabinetts maßgebend waren, beläuft sich das **Gesamtdefizit** bei Ländern und Gemeinden auf 1¼ Milliarden Reichsmark. Die Höhe dieses Fehlbetrages allein schon rechtfertigt nach Auffassung politischer Kreise die durchgreifenden Maßnahmen, ohne die es sicher nicht abgehen wird. Die Einzelheiten dieser Maßnahmen werden übrigens noch nicht in der Notverordnung enthalten sein. Sie wird vielmehr nur den Rahmen abgeben, der durch besondere Ausführungsbestimmungen ausgefüllt wird. Aber auch diese Anweisungen werden darauf Rücksicht nehmen, daß die Verhältnisse in den einzelnen Gemeinden verschieden liegen und daß dementsprechend **individuell vorgegangen** werden muß. Eine solche Anpassung an die örtlichen Bedingtheiten wird jedoch nicht hindern, daß die Sparmaßnahmen mit aller Energie durchgeführt werden.

Ob sich das Gesamtdefizit von Ländern und Gemeinden auf diese Weise beseitigen läßt, ist heute noch nicht zu übersehen. Auch in Zukunft dürfe man durchaus mit der Möglichkeit rechnen, daß das Reich schließlich doch noch für einen **Restfehlbetrag** einspringen muß. Zunächst aber müssen Länder und Gemeinden einmal ihr Äußerstes tun —, das ist einer der Grundgedanken, die der Reichsfinanzminister und das Kabinett für unerläßlich halten.

Des weiteren liegt die Bedeutung der jetzt eingeleiteten Sanierung darin, daß sie die unerläßliche Vorstufe für das **Wirtschaftsprogramm** bildet, das das Reichskabinett dem deutschen Volk bis etwa Mitte September vorlegen will. Im **Baseler Sachverständigenbericht** wird das Gleichgewicht der öffentlichen Haushalte ausdrücklich als eine der drei Voraussetzungen für die Kreditwürdigkeit eines Landes bezeichnet. Selbst während des Stillhalteabkommens können aus der deutschen Wirtschaft während des nächsten halben Jahres Beträge abgezogen werden, deren Schätzung zwischen 300 Millionen und einer Milliarde schwankt. Nimmt man noch hinzu, daß wir bis zum Herbst eine größere langfristige Anleihe brauchen, um über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Winters hinwegzukommen, so wird die Bedeutung der Balancierung der Länder- und Gemeindehaushalte vollends klar.

*

Dadurch erfährt die badische **Notverordnung** eine nachträgliche Sanktionierung, so daß sich die Anfechtungsklagen damit von selbst erledigen dürften.

Wie sich die Städte die Sanierung denken

Der Badische **Städtetag** hat der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung jetzt die einzelnen **Vorschläge** seines **Finanz- und Wirtschaftsprogramms** in Form einer Denkschrift übermittelt, die dem Reichskabinett bei seinen Beratungen vorzulegen hat. Aus dieser Denkschrift sind folgende Punkte hervorzuheben:

1. Die eigenen **Abbaumaßnahmen** der Gemeinden beziehen sich auf die **Personal- und Sachausgaben** für sämtliche Gebiete des Kommunalwesens. Dieser Abbau wird voraussichtlich eine Ersparnis von rund 250 Millionen Reichsmark bringen. Mit dem Abbau wird in den einzelnen Städten sofort begonnen. In diesem Zusammenhang werden in den meisten Gemeinden die Richtsätze für die **Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge** gesenkt; dadurch vermindert sich der Aufwand in der Fürsorge für den Rest des Haushaltsjahres um etwa 45 Millionen Reichsmark. In der sonstigen Fürsorge wird die Minderausgabe rund 80 Millionen betragen. Durch die eigenen Maßnahmen der Gemeinden ist daher für die kommenden sieben Monate mit einer Ersparnis von insgesamt 325 Millionen Reichsmark zu rechnen.

2. In **Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge** sollen künftig die gleichen Grundsätze individueller Prüfung und dieselben Unterstützungsleistungen zur Anwendung gebracht werden. Das Reich würde durch diese Maßnahmen in dem kommenden halben Jahr bei der Arbeitslosenbetreuung etwa 85 Millionen Reichsmark ersparen und daher auf den Zuschuß der Gemeinden zur Krisenfürsorge verzichten können.

3. Ähnlich wie die Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge soll nunmehr auch die **Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge** vom Gemeindeetat zu einem wesentlichen Teil „abgehängt" werden. Die Gemeinden werden in der Lage sein können, von den Gesamtkosten etwa die Hälfte selbst zu tragen. Der Restbetrag von etwa 400 Millionen Reichsmark soll nach dem Vorschlage des Städtetages aus den Erleichterungen der Reparationszahlungen oder durch eine besondere **Notabgabe** aufgebracht werden. Diese „Erwerbslosenabgabe" würde sich auf **alle Gehalts- und Lohnempfänger** beziehen, die bisher keine Beiträge für die Arbeitslosenversicherung zu leisten haben.

4. Die Abbaumaßnahmen der Gemeinden werden sich erst in einigen Monaten auswirken. Der Städtetag hat daher die Reichsregierung gebeten, den Gemeinden zur Überwindung der Kassen- und Haushaltsschwierigkeiten eine sofortige **Übergangsbeihilfe** zu bewilligen.

5. Wegen der Umwandlung der **kurzfristigen kommunalen Kredite** schweben besondere Verhandlungen mit Reichsregierung und Reichsbank. Es wird wiederum mit aller Bestimmtheit darauf hingewiesen, daß für die tiefeingreifenden Abbaumaßnahmen, die vom Städtetag vorgeschlagen sind, eine allgemeine Senkung der Lebenshaltungskosten unbedingte Voraussetzung ist.

Letzte Nachrichten

Rücktritt der englischen Regierung

Macdonald bildet das „nationale Kabinett"

WTB. London, 24. Aug. (Tel.) Das Kabinett ist zurückgetreten.

Offiziell wird aus dem Buckingham-Palast mitgeteilt, daß die Bildung einer nationalen Regierung in Aussicht genommen worden ist.

Reuter meldet, daß Macdonald das nationale Kabinett bilden wird. In der neuen Regierung werden Konservative und Liberale sitzen. Baldwin und andere Parteiführer haben ihre Zustimmung hierzu erteilt.

*

WTB. **London**, 24. Aug. (Tel.) Premierminister **Macdonald**, Außenminister **Henderson** und der Führer der Konservativen Partei, **Baldwin**, wurden heute vormittag 10 Uhr im Buckinghampalast vom **König empfangen.** Heute mittag wird eine Sitzung des Kabinetts stattfinden, der eine Besprechung der Führer der drei Parteien vorausgehen wird.

Man glaubt zu wissen, daß sich Innenminister Clynes unter den Kabinettsmitgliedern befindet, die einer Kürzung der Arbeitslosenunterstützung, die Hauptstreitfrage, ablehnend gegenüberstehen. In Downingstreet harrt eine große Menschenmenge der Ereignisse.

Wie „Times" zur Kabinettskrise zu berichten weiß, waren 12 Mitglieder der Regierung bereit, den letzten Kompromißplan im Sparprogramm, einschließlich der **Verminderung der Arbeitslosenunterstützung**, zuzustimmen. Acht Mitglieder des Kabinetts waren dagegen. „Daily Expreß" zieht aus dem gestrigen Besuch hervorragender Finanzleute in Downingstreet den Schluß, daß „das volle Gewicht der City" zugunsten der Bildung einer nationalen Regierung in die Wagschale geworfen worden ist.

Das Blatt der Arbeiterpartei, **„Daily Herald"**, das in seiner Frühausgabe nur von dem **bevorstehenden Rücktritt des Kabinetts** sprach, veröffentlicht eine Sonderausgabe, aus deren erster Seite in Sperrdruck verkündet wird: Das neue Kabinett wird, da sich die Konservativen und die Liberalen in der Frage der Sparmaßnahmen völlig einig sind, im Unterhaus über eine Mehrheit verfügen. Denn während die Arbeiterpartei 286 Sitze hat, verfügen die Konservativen und die Liberalen zusammen über 320 Sitze. Die neue Entwicklung ist das Ergebnis der schärfsten politischen Krisis seit 1914. Der entscheidende Faktor war die unbedingte Weigerung von mindestens acht Mitgliedern des Kabinetts, die Arbeitslosenunterstützung um 10 Prozent zu vermindern. Einige dieser Minister erklären, daß sie ihren Rücktrittsbeschluß nur sehr widerwillig gefaßt hätten; es sei ihnen aber unmöglich gewesen, ihr Einverständnis damit zu erklären, daß den Arbeitslosen neue Entbehrungen auferlegt würden. Die Kabinettsmitglieder, die solchen Abstrichen zustimmten, taten es in der Überzeugung, daß eine jetzt erfolgende Verminderung eine andernfalls in absehbarer Zeit zu erwartende, noch viel weitergehende Verminderung folgen würde. Das Blatt schließt: Der Premierminister wird heute vormittag wieder den König aufsuchen. Der konservative Führer Baldwin und die liberale Führer, Sir Herbert Samuel, werden ebenfalls in den Buckingham-Palast gerufen werden. Mittags wird eine weitere, und zwar die letzte Sitzung des Kabinetts abgehalten.

„Preß Association" meldet: Es wird geglaubt, daß die Besprechungen zwischen der Regierung und den Führern der beiden Oppositionsparteien sich auf den Plan der **Bildung einer neuen Regierung** bezogen haben, in der **alle Parteien vertreten** sein werden.

Die amerikanische Presse zur englischen Krise

WTB. **New York**, 24. Aug. (Tel.) Die Morgenzeitungen beschäftigen sich in großer Aufmachung mit der **englischen Kabinettskrise.** Die Blätter heben dabei hervor, daß der kürzlich in Anspruch genommene **Kredit** von 250 Millionen Dollar nahezu aufgebraucht sei, und man angesichts der erneuten Schwäche des Pfundes mit einem weiteren Kredit rechne. „New York Times" betont indessen, daß man bisher nicht habe feststellen können, ob bereits Verhandlungen darüber gepflogen worden seien, doch nimmt man an, daß Verhandlungen mit dem Federal-Reserve-Board beginnen werden, sobald Montagu Norman in Kanada eingetroffen sein wird.

Eine Schwester des Papstes gestorben. In der Nähe von Venedig verstarb gestern die älteste Schwester Papst Benedikt XV. Gräfin Julie Parsico della Chiesa.

*Das Bad. Landestheater und sein Defizit

I.

Warum befinden sich unsere Theater in Not? Es gibt mehrere Tatsachen, die diese Notlage erklären. Erstens ist die **Theaterbegeisterung** auf der ganzen Linie heute und schon seit einigen Jahren **nicht mehr dieselbe**, wie um die Jahrhundertwende oder wie noch im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts. Damals war alles neu und beglückend: Verdi trat seinen Siegeszug über die deutschen Opernbühnen an, Wagner war der Abgott des Theaterpublikums geworden, und schon überschüttete ein neues **Komponistengenie, Puccini**, die Welt mit Opernschöpfungen, die dem Geschmack des Bürgertums weit entgegenkamen. Die moderne Operette entfaltete ihre Schwingen. Lehar, Fall und andere warfen jedes Jahr eine neue, zugkräftige Operette auf den Tisch des Theaterdirektors. Das Schauspiel zehrte noch von dem Ruhme und den Bühnenerfolgen eines Ibsen, eines Sudermann und pflegte nach wie vor das klassische Drama oder das unterhaltsame Lustspiel, den Schwank. So hält das Schauspiel das Interesse der Theaterbesucher wach. Es blieb dabei auf einer mittleren Höhe. Aber es konnte, als dann der Umschwung kam, diese mittlere Höhe auch viel besser halten, als die Oper. Und so ist ja denn auch heute nicht das Schauspiel, sondern **die Oper das Sorgenkind des Theaters.** Es liegt das auch indessen daran, daß schon an und für sich die Aufwendungen für den Opernbetrieb finanziell ungleich größer sind und sein **müssen**, als die für das Schauspiel.

Jedenfalls: die glänzenden Zeiten änderten sich sehr bald. Die Genies lassen sich nicht dutzendweise hervorbringen. Die **Produktion ließ nach**, und das mit Begeisterung aufgenommene Neue wurde allmählich zu einer altgewohnten Kost. Selbstverständlich nahm das Interesse ab.

Das wäre zu ertragen gewesen, wenn nicht zur selben Zeit den Theatern durch das **Kino** und später durch das **Radio** eine sehr schwere und gefährliche **Konkurrenz** erwachsen wäre. Gewiß, zunächst war es so, daß diejenigen Schichten der Bevölkerung, die das Kino besuchten, für den Besuch der Theater kaum in Frage kamen. Mit der Zeit wurde das aber anders: das **Kino eroberte sich die Schichten der Gebildeten.** Und sofort wirkte sich die Konkurrenz in tiefeinschneidender Weise aus: soundso viele Menschen, die früher ins Theater gegangen waren, gingen jetzt — für billigeres Geld und in viel zwangloserer Form — ins Kino. Als dann der Film die Prominenten der Schauspielkunst auch für sich gewann, wurde die Konkurrenz noch viel empfindlicher. Viele Gebildete sagten sich, es sei doch sicherlich angenehmer und lukrativer, sich für 1,50 RM. den berühmten Albert Bassermann oder die Bergner im Film anzusehen, als für 3,50 RM. die Lokalgröße Müller oder Kunze im Theater. Ob dieser Standpunkt richtig ist, steht hier nicht zur Debatte. Tatsache ist, daß er von sehr vielen eingenommen wurde und sich zum Schaden der Theaterkassen auswirkte.

Das **Radio** wirkt in ähnlicher Richtung. Wer zu Hause im gemütlichen Sessel bei dem mehr oder minder traulichen Schein der Lampe die schönsten Dinge im Rundfunk zu hören bekommt, verzichtet gerne auf den Besuch des Theaters und geht höchstens dann dort hin, wenn es wirklich etwas **zu sehen** gibt. Zu sehen ist aber auf unseren heutigen Bühnen nicht allzuviel, da fast der **ganze Etat für personelle Ausgaben draufgeht** und für die Ausstattung viel zu wenig übrig bleibt, und da es in Deutschland immer mehr der Brauch geworden ist, bei der Auswahl der Künstler weniger auf deren schönes und angenehmes Äußere als auf die sogenannte Begabung zu achten. Diese Methode läßt sich gewiß mit mancherlei guten Argumenten begründen, aber sie hat auch ihr Mißliches. Man sollte, zumal in einer Zeit, in der von „sex appeal", dem erotischen Liebreiz, soviel die Rede ist, nicht ganz vergessen, daß sehr viele Herren nicht bloß ins Theater gehen um zu hören, sondern auch um ihren Augen und ihrem Herzen eine kleine, unschuldige Labung zu gönnen.

Das **Kino** war und ist in dieser Beziehung viel schlauer. Wer im Film vorwärts kommen will, **muß** schön und gut gewachsen sein. Sonst soll er lieber einen anderen Beruf wählen. Er kann ja dann zur Oper gehen. Was überhaupt heutzutage auf den Bühnen dem anspruchsvolleren Publikum an Geschmacklosigkeiten und ästhetischen Entgleisungen dargeboten wird, ist horribel.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Unter andern Umständen würde das nicht weiter auffallen. Aber das Publikum ist durch den Besuch des Kinos gewitzigt; es weiß ganz genau, **wie** ein guteingerichtetes Zimmer aussieht, **wie** das Kleid einer Dame zu sitzen hat, **wie** sie sich zu bewegen hat, und **wie** ein Mann ausschauen muß, wenn er den Frauen gefallen soll.

Bisher hat jedenfalls das **Theater von seiner Konkurrenz noch sehr wenig gelernt.** Man ist dort noch immer der naiven Meinung, daß das Wort von den „herrlichen Kulturgütern, die uns das deutsche Theater vermittelt" ausreichen müsse, um die Existenzfähigkeit der Bühnen zu sichern. Man glaubt noch immer an einen deutschen Idealismus, der Tausende und Abertausende von Menschen in die Stätten zu treiben habe, wo die Musen gewissermaßen eigenhändig den Nektartrank erhabenster Kunst verzapfen. Und man sieht gar nicht, daß es **diesen** deutschen Idealismus kaum noch gibt, daß heute der Mensch mit ganz **anderen** Ansprüchen diejenigen Institute besucht, die ihm Unterhaltung und Vergnügen bereiten sollen. Die **Jugend** ist es ja denn auch, die sich heutzutage am allerwenigsten für das Theater interessiert. Und, wenn einmal die Generation, die noch den Siegeszug der Wagner, Verdi und Puccini erlebte, dahin ist, wird es noch viel schwieriger fallen, die Räume der Theater zu füllen als heute.

Daneben werden allerdings Bühnen, die einen ganz bestimmten **Stil** pflegen und nun wirklich erlesenste und geliebteste Kunst in wohldurchdachter und geschmackvoller Aufmachung dem Publikum darbieten, weiterhin in ihren Fundamenten unerschüttert bleiben, ja vielleicht sogar neue Anziehungskräfte entwickeln. Es sei hier nur auf das Beispiel von **Bayreuth** hingewiesen!

(Schluß folgt.)

Gedächtniskundgebung für Erzberger in Biberach

Anläßlich des zehnjährigen Todestages des Reichsministers Erzberger versammelten sich am Sonntagnachmittag auf dem katholischen Friedhof zu Biberach eine große Anzahl Mitglieder der Zentrumspartei aus ganz Oberschwaben zu einer Gedächtniskundgebung, zu der auch die Witwe Erzbergers mit ihrer Tochter und zahlreiche Reichs- und Landtagsabgeordnete der Zentrumspartei erschienen waren, u. a. der 1. Vizepräsident des Reichstag, **Esser,** Reichskanzler a. D. Dr. **Marx,** der württembergische Staatspräsident Dr. **Bolz,** Justizminister Dr. **Beyerle** sowie Reichstagsabgeordneter **Diez,** der Erzberger an dem verhängnisvollen Tage begleitet hatte.

Anschließend fand in der städtischen Turnhalle eine äußerst gut besuchte **öffentliche Kundgebung** statt, an der etwa 1400 bis 1500 Personen teilgenommen hatten. Reichspostminister a. D. **Giesberts** entwarf in großen Zügen ein Bild Erzbergers und seiner Arbeit als Politiker und Minister. Der Redner gedachte auch dabei einer Audienz, die er persönlich im Jahre 1922 bei Papst Bendekt XV. hatte. Dabei habe der Papst sich längere Zeit mit ihm über die Persönlichkeit Erzbergers und über die im Jahre 1917 gepflogenen Friedensverhandlungen unterhalten. Was er, Giesberts, da erfahren habe, habe ihn tief erschüttert. Heute spreche er es nun zum ersten Male öffentlich aus, daß Papst Benedikt zu ihm gesagt habe, **Deutschland hätte damals den Frieden haben können, wenn es ihn gewollt hätte.**

Der württembergische Staatspräsident Dr. **Bolz** sprach hierauf in einstündiger Rede über die heutige Politik. Er wies es zurück, daß man heute Anklagen gegen das Zentrum erhebe wegen der Unterzeichnung des **Versailler Friedensvertrages,** der Reparationsleistungen und des Youngplanes. Man müsse sich in die damalige Zeit zurückversetzen. Keine Regierung konnte damals sagen: „Ich will oder tu nicht", sondern sie mußte, trotz der schweren Bedenken. Zu dieser Erkenntnis sei auch die nationale Opposition gekommen. Fehler seien im letzten Jahrzehnt in der Innenpolitik gemacht worden. Dafür aber könne man einzelne Parteien oder einzelne Politiker nicht verantwortlich machen, sondern die Fehler seien zugleich eine Anklage gegen das gesamte deutsche Volk. Im Vergleich mit der englischen Politik sei zu erwähnen, daß dort alle Parteien bereit seien, ohne Bedingungen und ohne Voraussetzungen mitzuarbeiten für das Volksganze.

Die „Schwarze Fahne" in Liegnitz verboten

WTB. **Breslau,** 24. Aug. (Tel.) Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien hat die Wochenzeitschrift **„Die Schwarze Fahne"** in Liegnitz auf die Dauer von drei Monaten und zwar vom 24. August bis einschließlich 23. November 1931 verboten. Das Verbot erfolgte wegen eines in der Nr. 20 vom 13. August 1931 erschienenen Artikels mit der Überschrift: „Dies ist das System: Der Bauer im Zuchthaus! Gedanken hinter den Gitterstäben."

Die italienischen Schulschiffe auf der Fahrt nach Danzig

WTB. **Kiel,** 24 Aug. (Tel.) Die italienischen Schulschiffe haben heute vormittag nach 10 Uhr die Weiterfahrt nach Danzig angetreten.

Nationaltheater Mannheim. Intendant Maisch hat die neue Komödie **„Rina",** von Bruno **Frank** zur Aufführung erworben. Das in Filmkreisen spielende Stück wird in Mannheim bereits in den ersten Wochen der neuen Spielzeit zur Erstaufführung kommen.

Das Freiburger Stadttheater wird in den nächsten Wochen mit einem im wesentlichen unveränderten Ensemble die Spielzeit 1931/32 beginnen. In der Oper werden als neue Kräfte mitwirken, Yella Kochreiter und Dora Schürer. Das Schauspielensemble weist überhaupt keine Änderungen auf. Die Eröffnung der Spielzeit der **Oper** mit Richard Straußens „Rosenkavalier", der seine „Ariadne auf Naxos" und seine „Salome" folgen sollen, zeigt, daß man von Anbeginn hohen musikalischen Zielen zustreben will. Das moderne Opernschaffen wird durch Aufführungen von Pfitzners „Herz", von Schillings „Mona Lisa", Ravels „Spanische Stunde", Milhaude „Armer Matrose", Bienstocks „Sandro der Narr", Rezniceks „Spiel oder Ernst", Janaceks „Aus einem Totenhaus", und Lothars „Lord Spleen" vertreten sein. Das klassische Repertoire wird durch Erstaufführungen bzw. Neueinstudierungen von folgenden Werken eine wertvolle Bereicherung erfahren: Gluck „Der Pilger von Mekka", Haydn „Der Apotheker", Mozart „Figaros Hochzeit", Wagner „Rheingold", „Walküre", und „Parsifal", Verdi „Aida" und „Ein Maskenball", Liszt „Heilige Elisabeth", Floto „Martha", Havély „Jüdin" und Giordano „André Chenier".

Ministerpräsident Held über Reich und Länder

Eine scharfe Kritik

Auf der 62. Generalversammlung der Bayerischen Patriotischen Bauern in Tuntenhausen erklärte der bayerische Ministerpräsident Held, die Finanzgebarung in Reich, Ländern und Gemeinden habe Formen angenommen, die unbedingt zum Verderben führen müßten. Das Reich habe Gehaltserhöhungen der Beamten diktiert, habe den Ländern dazu die Mittel versprochen, aber nicht geleistet. Das ganze **Überweisungssystem** führe dazu, daß der Abfluß des Geldes aus den einzelnen Teilen des Reiches nach Berlin immer größer werde und die Wirtschaft, je weiter sie von der Zentrale Berlin entfernt sei, desto mehr hungere. Zwei Lehren könne man aus den Juliverhältnissen ziehen: das Produktionssystem sei nicht zu halten, die Einrichtungen der Länder, soweit sie noch bestehen, müßten unter allen Umständen erhalten werden. Innenpolitisch wäre man besser daran, wenn die **Zentralisation** nicht so weit fortgeschritten wäre. Wenn Preußen, wie jetzt vorgeschlagen, an das Reich übergehe, gehe in Wirklichkeit das Reich an Preußen über. Dagegen würden sich die **Süddeutschen** mit allen Kräften wehren.

Weiter wies Dr. Held darauf hin, daß die Einnahmen aus den bayerischen Forsten um 14 Millionen Reichsmark zurückgegangen seien, was auf den Rapallo-Vertrag und die im Zusammenhang hiermit zustande gebrachten Kontrakte zwischen der deutschen Papier- und Zellulosenindustrie und Rußland zurückzuführen sei. Dem Reichsfinanzminister Dietrich machte Dr. Held den Vorwurf, daß er **Politik gegen die Länder** betreibe. Er sei überzeugt, daß **weitere Beamtengehaltskürzungen** eintreten müßten. Aber Bayern werde für das Reich niemals den Vorreiter machen. Wer die Steuern zentralisiert habe, der könne nicht erwarten, daß ihm die Opfer der Zentralisation Unangenehmes zuerst abnehmen. Dr. Held wandte sich dann gegen die Darstellung des Reichsinnenministers, als ob die Länderkonferenz mit der **Verreichlichung der Justiz** einverstanden gewesen sei. Wenn die Reichsreform im Sinne der Einheitsstaatler gelöst werde, werde sofort die **Mainlinie aufgerissen,** wenn auch nicht durch die bayerische Staatsregierung. Solange er an der Spitze des bayerischen Staates stehe, werde er nicht zulassen, daß Norddeutsche darüber zu bestimmen haben, was mit Bayern geschieht.

Erledigung der Pensionsfrage durch den Reichstag

In der letzten Zeit mehren sich die Pressestimmen, die der Reichsregierung den Vorwurf machen, sie habe in der Frage der Herabsetzung der hohen Pensionen und der Anrechnung von Nebeneinkünften auf die Pensionsbezüge nicht das erforderliche getan. Hierzu ist folgendes zu bemerken:

Zunächst wurde durch das Reichsministergesetz vom 27. März 1930 bestimmt, daß der Reichskanzler und die Reichsminister keine Ministerpensionen, sondern nur ein Übergangsgeld erhalten sollen. Sodann hat der Reichsfinanzminister mit Zustimmung der Reichsregierung am 31. August 1930 dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes über Kürzung von Versorgungsbezügen (Pensionskürzungsgesetz) vorgelegt. Dieser Entwurf sieht eine Herabsetzung der hohen Pensionen und eine Anrechnung von Nebeneinkommen auf die Pensionen vor. Nach Annahme im Reichsrat ist der Entwurf am 2. Dezember 1930 dem Reichstag zugegangen, der ihn am 9. und 10. Dez. in erster Lesung beraten und dem Haushaltsausschuß überwiesen hat. Zu einer Beratung im Haushaltsausschuß ist es nicht mehr gekommen. Hiernach kann keinesfalls behauptet werden, daß die Reichsregierung die Regelung dieser Frage verzögert hat; vielmehr ist ihr Entwurf im Reichstag steckengeblieben. Angesichts der Schwierigkeiten, die in dieser Sache insofern liegen, falls ein Eingriff in verfassungsmäßig geschützte Rechte in Frage kommt, hält die Reichsregierung die Erledigung durch den Reichstag für zweckmäßig.

Hitler in Berlin. Der nationalsozialistische Parteiführer Adolf Hitler führte, wie die „DAZ." berichtet, in Berlin eine Reihe von organisationspolitischen Besprechungen, die offenbar durch gewisse Vorgänge innerhalb des Gaus Berlins bedingt waren. Auch die Verhältnisse, die zu dem **neuen Verbot** des **„Angriff"** wegen der falschen Nachricht über Reichsbannerschuld am Jüterboger Attentat geführt haben, dürften, nach Ansicht des Blattes, hierbei eine Rolle gespielt haben. Politische Besprechungen führte Hitler, dessen Anwesenheit in Berlin geheimgehalten wurde, nicht. Die Gerüchte über Verhandlungsfühler der Nationalsozialisten zum Kabinett Brüning oder über eine direkte Aussprache zwischen Hitler und dem Reichskanzler entbehren jeder Grundlage.

Brauereien sollen Inlandshopfen verwenden. Infolge der besonders schwierigen Lage des deutschen Hopfenmarktes und mit Rücksicht darauf, daß die Hopfenpreise hinter den Gestehungskosten erheblich zurückbleiben, hat die **Reichsregierung** durch eine **Verordnung** den Brauereien die Verpflichtung auferlegt, einen Teil des bisher verwendeten Auslandshopfens durch Inlandshopfen zu ersetzen.

Die Gemeindearbeiterlöhne. Im **Reichsarbeitsministerium** ist es zu einer **Vereinbarung** über die Gemeindearbeiterlöhne gekommen. Ab 27. August werden die Löhne der in Betracht kommenden Arbeiter bis 4 Prozent gekürzt. Gleichzeitig fällt der Frauenzuschlag fort. Diese Regelung gilt bis 31 Oktober 1931.

Kleine Chronik

Ein mit einem Anhänger versehener **Lastkraftwagen** aus Viersen, der mit 100 Kommunisten besetzt war, die zu einem Sport- und Kulturtag nach Wuppertal wollten, geriet in **Vohwinkel** ins Schleudern. Der Anhänger stürzte um und wurde über 100 Meter weit mitgeschleift. Dabei wurden **zwölf Personen** schwer und sechzehn leicht verletzt. 26 von den Verunglückten wurden in das Krankenhaus Wuppertal-Elberfeld eingeliefert.

In Karthaus (Weichselkorridor), sind in einem Hause fünfzehn Personen an **Pilzvergiftung erkrankt.** Zehn Personen sind bereit gestorben. Der Zustand der anderen Erkrankten ist hoffnungslos.

Oberst **Lindbergh** und seine Frau, die zweimal durch Nebel und einmal infolge Motorstörung aufgehalten waren, haben jetzt endlich **Japan** erreicht. Sie trafen mit ihrem Flugzeug bei Nemuro auf der Insel Yezo ein. Bis Tokio haben sie noch 800 Kilometer zurückzulegen.

Etwa 100 Polizisten verfolgen in **New York** ein Taxi, in dem sich die **vier Mörder** zweier Polizisten befanden. Die Verfolger gaben zahlreiche Schüsse auf das Automobil ab. Bei der Jagd wurden drei Verbrecher und zwei Polizisten getötet und zehn Passanten verletzt.

Aufhebung der Auslandsreisegebühr ab 26. August

Das Reichskabinett hat beschlossen, die Verordnung über die Erhebung einer Gebühr für Auslandsreisen vom 18. Juli mit Wirkung von Mittwoch, den 26. August 1931 ab, aufzuheben. Für **Grenzübertritte,** die nach dem 25. August 1931 erfolgen, kommt daher die Ausreisegebühr nicht mehr in Frage. Eine Erstattung bereits entrichteter Ausreisegebühren kommt nur für die Fälle in Betracht, in denen der Grenzübertritt nach Dienstag, den 25. August 1931, erfolgt ist.

Finanzschwierigkeiten in der Steiermark

WTB. **Wien,** 24. Aug. (Tel.) Wie die Blätter melden, erklärte der Landeshauptmann der Steiermark, Rintelen, einer bei ihm vorsprechenden Beamtenabordnung, daß am 1. September den **steierischen Landesbeamten** und **Lehrern** nur **70 Proz. ihres Gehaltes** werde bezahlt werden können. Der Rest solle im Verlauf des Monats nachgezahlt werden. Die Finanzlage des Landes sei außerordentlich ungünstig.

Der Notenumlauf der Bank von England. Das Londoner Schatzamt hat die bereits bewilligte Erhöhung des Notenumlaufes um 15 Millionen Pfund Sterling verlängert, so daß der Notenumlauf der Bank von England 275 Millionen Pfund Sterling beträgt.

Afrika will Deutschland die Reparationszahlungen schenken. Aus Kapstadt wird gemeldet: General J. B. M. Hertzog erklärte, er wünsche, im Namen Afrikas auszusprechen, daß es bereit sei, Deutschland alle Reparationszahlungen, die es ihm schuldet, zu schenken, vorausgesetzt, daß auch die anderen Länder der Welt ähnliche Schritte zu unternehmen willens wären.

Anbauverbot für Baumwolle. Aus **New Orleans** wird gemeldet: Die Konferenz der baumwollproduzierenden Staaten der Union stimmte offiziell dem Antrag des Gouverneurs des Staates Texas zu, auf dem Wege der Gesetzgebung den **Anbau** von **Baumwolle** in den Südstaaten für das kommende Jahr zu **verbieten.**

Badischer Teil

Uniformverbot für den Amtsbezirk Konstanz

Das Bezirksamt Konstanz hat wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sich veranlaßt gesehen, bekanntzugeben, daß bis 6. September einschließlich öffentliche Versammlungen der KPD. und NSDAP. auch in geschlossenen Räumen nicht stattfinden dürfen. Im Zusammenhang hiermit hat der hierfür zuständige Minister des Innern mit einer im Staatsanzeiger vom 22. d. M. veröffentlichten Anordnung mit sofortiger Wirkung das Tragen von Uniformen für alle politischen Vereinigungen im Amtsbezirk Konstanz verboten.

Dieses allgemeine Uniformverbot tritt hiernach am 7. September 1931 wieder außer Kraft.

Ein neues badisches Dieselboot auf dem Bodensee

In der nächsten Zeit wird das für den badischen Teil der Reichsbahnschiffahrt bestimmte **Dieselboot „Baden",** das mit dem neuesten Propellerantrieb Voith-Schneider ausgestattet ist, mit seinen Probefahrten auf dem Bodensee beginnen. Im Gegensatz zu den bereits im Dienst befindlichen Dieselmotorschiffen „Kempten", „Augsburg", „Ravensburg" ist die „Baden", da sie nur für 250 Personen bestimmt ist, nur mit einem Dieselmotor ausgerüstet. Infolgedessen ist sie auch nur mit einem Propeller versehen, soll aber die gleiche Manövrierfähigkeit besitzen wie die vorgenannten Schiffe, die zwei Propeller haben. Wie man sieht, macht die Modernisierung der Bodenseeschiffe schnelle Fortschritte, denn auch auf der Lindauer Werft gehen die Umbauarbeiten der „Bavaria" der Vollendung entgegen. Das Schiff erhielt einen Salonaufbau zweiter Klasse und einen Rauchsalon über dem Zwischendeck, sowie einen neuen Kommandosteg. Der Umbau ähnelt dem des schweizerischen Dampfers „Rhein".

Handwerker- und Gewerbetagung in Heidelberg

Dieser Tage tagten in Heidelberg unter dem Vorsitz des Präsidenten **Willmann** die Gruppe der Handwerkerbünde und die Gruppe der Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen — die Gesamtheit der Wirtschaftspolitischen Organisation — im Reichsverband des deutschen Handwerks. Gegenstand der Verhandlungen waren die verschiedenen **Notverordnungen** der letzten Zeit und ihre Auswirkung auf Staat und Wirtschaft.

Es wurde festgestellt, daß die gesamte private Wirtschaft und insbesondere gewerblicher Mittelstand und Handwerk im letzten Jahrzehnt geschwächt worden seien, was vom staatspolitischen Standpunkt außerordentlich bedauert werden müsse. Die Bedeutung der auf verantwortungsbewußten Persönlichkeiten beruhenden Wirtschaftsführung sei weit mehr Rechnung zu tragen als bisher. Voraussetzung dafür sei eine gerechtere Bewertung der Initiative des persönlich schaffenden Unternehmers, im Rückstoß gegen alle übertriebenen großwirtschaftlichen und ganz- oder halbsozialistischen Kräfte und Anschauungen. Das gelte insbesondere für die künftige Neugestaltung des Bankwesens, bei der die Interessen der mittelständischen Wirtschaft unbedingter Berücksichtigung bedürfen.

Durch Ausschaltung des Parlaments bestehe zur Zeit keine Möglichkeit, für die berufsständischen Forderungen parlamentarische Hilfe zu gewinnen. Um so notwendiger erscheine daher die Forderung auf Erfüllung unmittelbarer Fühlungnahme von Handwerk und Gewerbe mit der Reichsregierung bei dem Selbsthilfeprogramm der Wirtschaft.

Darüber hinaus werde gefordert, daß die Notverordnung über die Zuschläge bei rückständigen Steuern beseitigt, für die Zeit der Notverordnungspraxis alle Zwangsverkäufe beschränkt bzw. aufgehoben werden und die gesamte Zinspolitik der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft angepaßt wird. Zur Belebung des Hypothekenmarktes seien die Sparkassen auf die Vorkriegsbetätigung zurückzuführen und den mittelständischen Kreditinstituten dieselben Erleichterungen bei der Beschaffung von Krediten zu gewähren, wie es bei den Großbanken der Fall ist. Zum Zwecke allgemeiner wirtschaftlicher Entlastung sei mit tunlichster Beschleunigung die Verwaltungsreform durchzuführen. Die vom Reichskabinett angekündigte Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft und Hauszinssteuer sei unverzüglich durchzuführen. Im übrigen stand die Tagung restlos hinter den Forderungen des Reichsverbandes des deutschen Handwerks.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Reichsbahntariffitzung in Triberg

Eine über sechs Tage sich erstreckende Tarifsitzung der Reichsbahn findet zur Zeit in Triberg statt. Es handelt sich um Angelegenheiten des **Gütertarifs**, die in einem Kreise von Reichsbahndelegierten und Angehörigen westdeutscher Wirtschaftskreise, darunter auch des **Kohlensyndikats**, gepflogen werden. Seitens der Reichsbahn sind drei Direktionen vertreten, die jeweils einen Herrn entsandt haben, und zwar die Direktionen Karlsruhe, Köln und Essen. Die Beratungen erstrecken sich u. a. auf Fragen des **oberrheinischen Kohlenverkehrs**. Die Kommission, die die Verhandlungen durchführt, besteht aus sechs Personen. Es war dies das erste Mal, daß für solche Konferenzen, die sonst meistens in größeren Städten des Rheingebietes abgehalten werden, der Schwarzwald und in ihm Triberg ausgewählt worden ist.

Das Urteil im Dienststrafverfahren gegen Pfarrer Eckert

Da der **Fall Eckert** weitere Kreise innerhalb und außerhalb der Kirche bewegte und das Urteil des kirchlichen Dienstgerichts von verschiedenen Seiten sehr verschieden beurteilt wurde, hat sich der **Evang. Oberkirchenrat** entschlossen, den **Wortlaut des Urteils** zu veröffentlichen. In dem neuen Kirchlichen Gesetzes- und Verordnungsblatt sind das Urteil, der festgestellte Tatbestand und die Begründung des Urteils bekanntgegeben. Über die **Strafausmessung** enthält die Begründung folgende Ausführungen:

„Bei der Strafausmessung wurde berücksichtigt, daß sich der Angeklagte in schwerster Weise gegen seine Dienstpflichten vergangen und das für einen Geistlichen besonders bedenkliche Beispiel von Disziplin- und Autoritätslosigkeit gegeben hat. Des weiteren waren seine wiederholten Bestrafungen als strafschärfend in Betracht zu ziehen. Es hätte daher die Strafe der Dienstentlassung oder der Zwangspensionierung durchaus vertreten werden können. Das Dienstgericht sah aber gleichwohl von dieser letzten und äußersten Maßnahme ab. Es hielt dem Angeklagten zugute, daß er bei der ihm eigenen Vermengung des Politischen und Religiösen bei seinem Handeln unter einem religiösen Gewissenszwang zu stehen glaubte und insbesondere das Redeverbot besonders hart empfand. Es wurde ferner berücksichtigt, daß es der Angeklagte verstanden hat, sich in seinem Wirkungskreis eine anhängliche Gemeinde zu schaffen, die sich teilweise aus Personen zusammensetzt, die vorher der Kirche fernstanden.

Weiter wurde berücksichtigt, daß auch andere Geistliche nicht die Zurückhaltung im politischen Auftreten beobachtet haben, die ihnen die Würde ihres Amtes auferlegt. Die Verhandlung hat gezeigt, daß tiefbedauerliche Mißgriffe einzelner Geistlichen vorgekommen sind, die ebenfalls der Kirche schweren Schaden zufügen müssen, und die erkennen lassen, daß der Angeklagte in der Verkennung dessen, was einem evangelischen Geistlichen bei seinem politischen Auftreten ziemt, nicht allein dasteht. Es wird Aufgabe der hierzu berufenen kirchlichen Instanzen sein, durch **allgemeine Anordnungen über die politische Betätigung der Geistlichen** weiteren Schädigungen von dieser Seite her vorzubeugen. Letzten Endes wollte das Dienstgericht dem Pfarrer Eckert Gelegenheit geben, zu zeigen, daß er gewillt ist, sich in die kirchliche Ordnung zu fügen. Das Gericht hofft, daß es Pfarrer Eckert möglich sein wird, diese Voraussetzung für sein Verbleiben im Amt zu erfüllen."

Preisrätselschwindel

Immer wieder erscheinen in Zeitungen und Zeitschriften leichtzulösende Preisrätsel. Als Preise werden Photo- und Radioapparate sowie Standuhren ausgesetzt. Den Bewerbern wird mitgeteilt, daß sie in die Liste der Preisträger eingetragen worden seien. Gleichzeitig wird um Einsendung eines Betrages (4 bis 20 RM., je nach Art des gewonnenen Gegenstandes) ersucht, zur Deckung der Selbstkosten usw. Die zugesandten Gegenstände sind minderwertig und höchstens als Kinderspielzeug zu verwerten. Ihr Wert entspricht kaum dem eingesandten Betrag.

Das Badische Landespolizeiamt warnt vor diesen Schwindelfirmen, die ihren Sitz größtenteils in Norddeutschland haben.

Aus der Landeshauptstadt

Keine spinale Kinderlähmung in Karlsruhe. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß die spinale Kinderlähmung in diesem Jahre nicht stärker aufgetreten sei und sich im Rahmen der Erkrankungen der letzten Jahre gehalten habe. Der zuständigen Behörden seien im ganzen 17 Fälle, darunter 6 auswärtige, gemeldet worden.

Ringtennis-Turnier um die deutsche Meisterschaft. Zum ersten Male, seitdem der Ringtennissport aus Amerika und England den Weg nach Deutschland gefunden hat, wird am 5. und 6. September auch ein Turnier um die deutsche Ringtennismeisterschaft ausgetragen werden. Das **Karlsruher Rheinstrandbad** (auf der Rheininsel Rappenwört), mit seinen ausgedehnten Sport- und Spielplätzen — davon **etwa 80 Ringtennisplätze** — wird den geeigneten Raum für dieses neue Ereignis auf sportlichem Gebiete abgeben. Zu den Entscheidungen in Karlsruhe liegen bis jetzt Meldungen aussichtsreicher Spieler und Spielerinnen aus Freiburg, Stuttgart, Bochum und anderen Städten vor.

Alle Mieter, die bis Oktober umziehen, müssen dies im eigenen Interesse bis spätestens 2. September dem Verlag G. Braun, Karl-Friedrich-Str. 14 anmelden, damit die neue Anschrift noch im neuen Karlsruher Adreßbuch aufgenommen werden kann.

Das Karlsruher Schwurgericht, das am Montag, den 7. September, zu seiner nächsten Tagungsperiode, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Engelhardt, zusammentritt, wird sich mit dem **Kommunistenüberfall** zu beschäftigen haben, bei dem am Pfingstmontag in der Kaiserstraße ein nationalsozialistischer Motorradfahrer, Paul Billet aus Lahr, von Kommunisten erschlagen wurde. Die Ermittlungen der Polizei hatten als Täter den 26 Jahre alten Schuhmacher Johannes Haß aus Karlsruhe festgestellt. Vier weitere Personen, der Schuhmacher Albert Haß, der Gärtner Adolf Linder, Georg Eckstein und Theodor Schmalbach wurden als Beteiligte an der Tat ebenfalls festgenommen. Sie werden sich wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode, sowie wegen Landfriedensbruches zu verantworten haben. Rund 50 Zeugen sind zu der Verhandlung geladen. Man rechnet damit, daß die Verhandlung zwei Tage andauern wird.

Aus dem Polizeibericht. Auf der Turmbergfahrstraße bei Durlach überschlug sich am Samstagabend ein Personenkraftwagen infolge zu starken Bremsens. Ein Insasse des Wagens mußte in erheblich verletztem Zustand in das Krankenhaus in Karlsruhe eingeliefert werden. — In der gleichen Nacht stießen auf der Landstraße zwischen Durlach und der Dornwaldsiedlung zwei Personenkraftwagen zusammen, die dadurch derart beschädigt wurden, daß sie abgeschleppt werden mußten. Verletzt wurde niemand.

Der Schwindler Eschbach wird ausgeliefert. Nach einer öffentlichen Bekanntmachung des Aargauischen Polizeikommandos wird der in Zürich festgenommene Karlsruher Schwindler Eschbach an Deutschland ausgeliefert. Wie weiter mitgeteilt wird, sprechen verschiedene Anhaltspunkte dafür, daß er in der **Schweiz**, wo er sich seit dem 20. Juli aufhielt, auch vertrauensselige Geldgeber gegen hohe Zinsversprechen gefunden hat. Eschbach will auch bei verschiedenen Banken in der Schweiz Geld angelegt haben; er weigert sich jedoch, die Banken mit Namen zu bezeichnen. Von Schweizer Seite wird gleichfalls die Einleitung strafrechtlicher Schritte betrieben.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Am heutigen Montag findet eine geschlossene Vorstellung für die Volksbühne statt. Die nächste öffentliche Aufführung ist am Dienstag, den 25. August, und zwar wird an diesem Abend die erfolgreiche Operette „Die lustige Witwe" von Franz Lehár gegeben.

Vorläufiger Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, vom Montagmorgen: Unter dem Einfluß einer über der Biscaya liegenden Zyklone hatten wir gestern wolkiges Wetter mit zeitweiligen Regenfällen, die sich in der Hauptsache auf Südbaden beschränkten. Im Norden war das Wetter etwas besser. Die Wetterlage ist im allgemeinen seit Samstag wenig verändert, weshalb wir auch für morgen mit zeitweiligem Regen rechnen müssen. **Voraussage:** Fortdauer der veränderlichen Witterung. In Niederungen stellenweise Frühnebel.

Kurze Nachrichten aus Baden

bld. **Mannheim,** 23. Aug. Nachdem die Senkkästen der **neuen Rheinbrücke** Mannheim-Ludwigshafen nunmehr niedergelassen worden sind und die Arbeiten an diesem Abschnitt nahezu ihren Abschluß gefunden haben, ist jetzt mit der Errichtung der Eisenkonstruktion begonnen worden. Auf der Mannheimer Seite ist das Portal bereits errichtet. Außerdem sind auf einer weiteren Baustrecke von ungefähr 20 bis 30 Metern weitere Konstruktionseinheiten montiert worden. Die durch den Brückenbau notwendig gewordenen neuen Straßenanlagen von der Rheinlust durch den Schloßpark machen ebenfalls sichtbare Fortschritte.

bld. **Heidelberg,** 23. Aug. Der verheiratete Stadtobersekretär Wilhelm **Klumpp,** der vor ungefähr acht Wochen von hier nach **Unterschlagung** von 40 000 RM. bei der Städtischen Sparkasse Heidelberg **flüchtig** gegangen ist, sollte sich nach der hier vorherrschenden Meinung ins Ausland bzw. nach Australien begeben haben. Diese Annahme hat sich als irrig erwiesen, da sich herausstellte, daß sich Klumpp zu Beginn dieses Monats in Düsseldorf unter dem Namen Carl Huber aufgehalten hat. Da er die Absicht äußerte, daß er nach Bremen reisen wolle, wurden sofort Fahndungsmaßnahmen getroffen. Bis jetzt haben sie noch zu keinem Ergebnis geführt. Man weiß daher nicht, ob Klumpp sich noch in Deutschland befindet oder ob es ihm inzwischen gelungen ist, ins Ausland zu flüchten.

DZ. **Kleinsteinbach** (bei Karlsruhe), 24. Aug. Am Samstagabend zwischen 9 und 10 Uhr, **erschoß** der Blechnermeister **Schöllhammer** in seiner Wohnung **seine drei Kinder** im Alter von 9, 4 und 2 Jahren und dann **sich selbst.** Die Kinder waren sofort tot, während der Vater schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht wurde, wo er Sonntag früh starb. Schöllhammer hatte offenbar die Absicht, auch seine Frau und seine älteste Tochter zu erschießen, beherzte Nachbarn hielten aber die beiden zurück. Der Grund zur Tat ist bisher völlig unbekannt, da Schöllhammer als fleißiger, sparsamer Mann galt.

DZ. **Jöhlingen** (bei Karlsruhe), 24. Aug. In der Nacht auf Sonntag brach in dem Wohngebäude des Wendelin Dehn **Feuer** aus, das sofort auf die Stallung und Scheune der Witwe Schlorr und die zweiteilige Scheune des Hermann Abele und der Witwe Hasenfuß übergriff. Sämtliche Gebäulichkeiten wurden ein Raub der Flammen. Dem energischen Eingreifen der Feuerwehr, die mit der Motorspritze den Brand bekämpfte, ist es zu danken, daß nicht noch mehr Gebäude dem Element zum Opfer fielen. Der Schaden wird auf 30 000 RM. geschätzt. Die Ursache des Brandes ist noch unbekannt. Man vermutet Kurzschluß.

bld. **Durlach,** 23. Aug. Am Sonntagnachmittag fand in der Turnhalle des Gymnasiums in Durlach eine öffentliche **Kundgebung** für die **Erhaltung** des **Durlacher Gymnasiums** statt, dessen Aufhebung durch die geplanten Sparmaßnahmen der badischen Regierung droht. Die Stadt Durlach erhob die Forderung nach Erhaltung ihres Gymnasiums, insbesondere im Interesse der benachbarten Landgemeinden, da über 60 Kinder diese Lehranstalt besuchen. Eine entsprechende Entschließung an die badische Regierung wurde einstimmig angenommen.

bld. **Iffezheim,** 24. Aug. Nach dem verregneten Freitag brachte der **erste Rennsonntag** der Baden-Badener Rennwoche dem Internationalen Club trotz der wirtschaftlich schlechten Zeiten einen guten Erfolg. Der Rennplatz wies starken Besuch auf; besonders drüben am Kapellenberg hatte sich die Bevölkerung aus der ganzen Umgegend in großen Scharen eingefunden. Einen besonderen Anziehungspunkt dürfte das **Damen-Rennen** ausgeübt haben, das zum ersten Mal seit Bestehen der Bahn die besten deutschen Reiterinnen am Iffezheimer Start sah. Frl. Schläfke, die Tochter des bekannten Trainers, konnte im Amazonen-Flachrennen, zu dem neun Pferde am Start waren, das Rennen überlegen gewinnen. Das Hauptergebnis des Sonntag, der vom Wetter sehr begünstigt wurde, war der **Preis der Stadt Baden-Baden,** der mit dem Sieg der von H. von Oertzens Erica" eine kleine Überraschung brachte. Erica führte das Rennen vom Start bis ins Ziel und konnte mit 2½ Längen die wertvolle Prüfung gegen Filmenau gewinnen. Der Franzose La Furka spielte im ganzen Rennen keine große Rolle und mußte sich mit dem vierten Platz hinter Orion begnügen. Der Hanielsche Lateran war anfangs gut im Rennen, war aber beim Einlauf in die Gerade vollkommen geschlagen. Otto Schmidt konnte auch am zweiten Tage einen doppelten Erfolg erringen, und zwar im Preis vom Rhein mit Groll und im Eberstein-Ausgleich mit Aka.

DZ. **St. Georgen i. Schw.,** 22. Aug. Der in dieser Woche niedergebrannte **Hasenhof** in Stockburg konnte auf das stattliche Alter von **385 Jahren** zurückblicken. Er wurde in den Jahren 1546 bis 1548 erstellt und hat in seinem langen Leben viele kriegerische Stürme über den Schwarzwald dahinbrausen sehen. — Der Verdacht, daß der Hof durch Wanderburschen, die in der Scheune übernachtet haben, böswillig oder fahrlässig **angezündet** worden sei, hat sich bisher nicht bestätigt.

bld. **Waldshut,** 23. Aug. Die Verhandlungen über den **Bau der neuen Rheinbrücke** zwischen Waldshut und Coblenz sind nunmehr zum Abschluß gelangt. Zur Ausführung kommt der **badische Entwurf,** der die Errichtung einer eisernen Brücke vorsieht. Der Unterbau (Pfeiler und Widerlager) ist der Schweizer Baufirma Gottlieb Lüscher in Aarau, der eiserne Überbau der Baufirma Wyhlen AG. in Wyhlen, und der Asphaltbelag der Fahrbahn und Gehwege der Mannheimer Firma Asphaltwerke Kopp & Co. übertragen worden. Die Bauleitung hat das Wasserbauamt Waldshut.

Gemeinderundschau

Der Bürgerausschuß Hüffenhardt (bei Sinsheim) genehmigte den Voranschlag für 1931/32, der mit einem Defizit von 21 000 RM abschließt, zu dessen Deckung eine Umlage von 77 Rpf beim Grundvermögen, 30 Rpf beim Betriebsvermögen und 552 Rpf beim Gewerbeertrag erforderlich ist.

Der Kehler Voranschlag vom Bezirksrat abgelehnt. Nach eingehender Prüfung des Kehler Voranschlages von 1931/32 hat der Bezirksrat es abgelehnt, die für die Deckung des Fehlbetrages von 99 000 RM. erforderlichen Maßnahmen zu beschließen. Zur Beseitigung des Defizits wäre die Einführung der **Bürgersteuer** in dreifachem Betrag und die Erhebung einer **Biersteuer** von einem Zuschlag von 100 Proz. erforderlich. Angesichts der derzeitigen Notlage aller Bevölkerungsschichten konnte sich der Bezirksrat zu diesen Maßnahmen nicht entschließen.

Französische Regierungsvertreter in Kehl. Dieser Tage statteten die französischen Regierungsbeamten, Staatssekretär Picquenard, Staatsrat Pouillot und ein Legationsrat der Stadt Kehl einen Besuch ab, um sich über Fragen der **Arbeitsvermittlung nach Frankreich** zu orientieren. Die Herren besichtigten das Kehler Arbeitsamt, wo sie von Direktor **Schumacher** und Präsident **Kälin,** Stuttgart, empfangen wurden. Bürgermeister Dr. Luthmer begrüßte die Regierungsvertreter im Namen der Stadtverwaltung und hob im Laufe der Besprechungen besonders die schwierige Lage des Kehler Arbeitsmarktes hervor.

Bezirkssparkasse Müllheim im Jahre 1930. Im Jahre 1930 ist der Spareinlagenbestand der Bezirkssparkasse Müllheim um 393 000 RM auf 3 448 000 RM angewachsen. Dagegen sind die Kontokorrenteinlagen von 333 000 RM auf 263 000 RM gesunken. Die Hypotheken und Kaufgelder sind von 1 685 000 RM auf 2 226 000 RM gestiegen. Dagegen haben die Schuldscheinforderungen, (204 000 RM) und die Wechsel (229 000 RM) eine kleine Abnahme erfahren. Diskontiert wurden 2228 Abschnitte über 1 136 000 RM. Die Gemeindedarlehen sind von 366 000 Reichsmark auf 164 000 RM zurückgegangen. Die Kontokorrentdebitoren von 1 112 000 RM auf 1 186 000 RM gestiegen. Der Geschäftsgewinn von 79 000 RM ist zur Verstärkung der Rücklagen auf insgesamt 370 000 RM verwandt worden.

Zunahme des Wandererunwesens. In der letzten Sitzung des Kreises **Villingen** wurde festgestellt, daß das Wandererunwesen immer mehr überhand nimmt. Namentlich sind es die Minderjährigen und die Sportwanderer, welche stark in der Zunahme begriffen sind. Nun soll die Verpflegung der Sportwanderer nicht mehr von der Kreiskasse übernommen werden.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	24. August Geld	24. August Brief	22. August Geld	22. August Brief
Amsterdam 100 G.	—	—	—	—
Kopenhagen 100 Kr.	—	—	—	—
Italien . . 100 L.	—	—	—	—
London . . 1 Pfd.	20.449	20.489	—	—
New-York . 1 D.	—	—	—	—
Paris . . . 100 Fr.	16.49	16.53	—	—
Schweiz . . 100 Fr.	81.92	82.08	—	—
Wien 100 Schilling	59.16	59.28	59.15	59.27
Prag . . . . 100 Kr.	—	—	—	—

Motorenwerke Mannheim AG. vorm. Benz, Abt. stationäre Motorenbau, Mannheim. Nach dem Bericht für das Geschäftsjahr 1930 war es trotz des Konjunkturrückganges in der Diesel-Motorenbranche gelungen, den Auftragsbestand auf Vorjahreshöhe zu halten. Der Ausfall des Inlandsgeschäftes konnte durch Steigerung des Exports ausgeglichen werden. Das erzielte Betriebsergebnis in Höhe von 2 664 715 RM. ist durch die eingetretene Wertminderung der Vorräte aufgezehrt worden. Bei dem aus Sonderverlusten resultierenden Jahresverlust mit 377 871 RM. beträgt der Ausfall bei der in Konkurs geratenen Gießerei Ruppel GmbH. in Ludwigshafen 100 000 Reichsmark, ebenso ist ein Verlust von 120 000 RM. durch die überraschende Insolvenz eines namhaften Exporthauses entstanden. Alle übrigen Ausfälle auf Außenständen hielten sich in normalen Grenzen. Die Liquidität der Gesellschaft ist erheblich verbessert; bei Vermehrung der liquiden Mittel um rund 200 000 RM. und Senkung der Außenstände um rund 400 000 RM., sind die Verbindlichkeiten um etwa eine halbe Million Reichsmark gefallen. Auch ist das kurzfristige Darlehen von 10 000 Pfund Sterling inzwischen zurückgezahlt worden. Die zur Senkung der Handlungsunkosten getroffenen Maßnahmen werden sich erst im laufenden Jahre auswirken. In der **Gewinn- und Verlustrechnung** werden Handlungsunkosten und Zinsen mit 2 325 575 RM. ausgewiesen, desgleichen Abschreibungen auf Anlagen mit 237 011 RM. und auf Vorräte mit 380 000 RM. Es wird vorgeschlagen, den Verlust von 377 871 RM. zuzüglich des Verlustvortrages von 524 650 RM., also insgesamt 902 520 RM., auf neue Rechnung vorzutragen. Die Aussichten für das **laufende Geschäftsjahr** werden, soweit der Verlauf nicht von der allgemeinen Wirtschaftslage und politischen Ereignissen abhängig ist, günstig beurteilt.

Staatsanzeiger

Das Staatsministerium hat mit Entschließung vom 15. August 1931 Nr. 9020 auf Grund des Enteignungsgesetzes beschlossen, den Eigentümer des Grundstücks Lgb. Nr. 2676 der Gemarkung Efringen zu verpflichten, von diesem Grundstück zum Zwecke der Verbreiterung der Landstraße Nr. 1 ein Teilstück im Ausmaß von zirka 153 Quadratmeter an den badischen Staat — Wasser- und Straßenbauverwaltung — nach vorgängiger Entschädigung abzutreten.

Karlsruhe, den 21. August 1931.

Der Minister des Innern:
J. V.: Weitzel.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts:

Gestorben:

Oberlehrer Peter **Maas** von Ispringen; Hauptlehrerin i. R. Emilie **Seippel** in Freiburg.

Finanzministerium:

Zur Ruhe gesetzt kraft Gesetzes:

Bauassistent Emil **Grein** in Freiburg.

Zentralhandelsregister für Baden

Baden-Baden. B.31

Handelsregistereintrag Abt. B Bd. I O.-Z. 29 — **Firma Sanatorium Allerkurhaus Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Baden-Baden —: Durch Gesellschafterbeschluß vom 6. Februar 1931 wurde der Gesellschaftsvertrag geändert und neu festgestellt. Die Firma lautet jetzt: „Klisa" Gemeinnützige Gesellschaft klinisch geleiteter Sanatorien Deutschlands mit beschränkter Haftung. Gegenstand des Unternehmens ist jetzt: a) die Unterhaltung klinisch betriebener Sanatorien auf gemeinnütziger und mildtätiger Grundlage; b) die ärztliche Arbeit in den Sanatorien auf gediegener wissenschaftlicher Grundlage einzustellen; c) solche Sanatorien, welche für die Gesundung Kranker, für das Ansehen der Sanatorien in Deutschland und für bestimmte Badeorte bedeutsam geworden sind, zu erhalten; d) die Vorzüge einer spezialklinischen Behandlung und wirksamer Trink- u. Badekuren auch Minder- bzw. Unbemittelten jeglicher Konfession und jeglichen Standes zu ermöglichen. Der Geschäftsführer vertritt die Gesellschaft nach außen hin unbeschränkt. Die seitherigen Geschäftsführer Dr. Benno Hahn und Dr. Karl H. v. Noorden sind abberufen. Direktor Hermann Böcking in Frankfurt a. M. ist zum Geschäftsführer bestellt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger.

Baden, 24. Juli 1931.

Bad. Amtsgericht. I.

Eberbach. B.36

Handelsregistereintrag A Bd. I O.-Z. 35: Löschung der Firma **„L. Knab"**, Eberbach.

Eberbach, 22. Juli 1931.

Amtsgericht.

Engen. B.37

Handelsregister A O.-Z. 24: Die Firma **F. J. Weber Sohn** in Mühlhausen ist erloschen. Engen (Bd.), 23. Juli 1931. **Amtsgericht.**

Engen. B.38

Handelsregister A O.-Z. 177 — Firma **Christian Link, Ochsenbrauerei** in Möhringen —: Inhaber ist die Erbengemeinschaft zwischen Johannes und Albert Link, beides Bierbrauer in Möhringen.

Engen (Bd.), 23. 7. 1931.

Amtsgericht.

Freiburg. i. Br. B.28

Handelsregister.

A Band I O.-Z. 9: Firma **August Schlageter**, Freiburg, ist erloschen. Am 15. Juli 1931.

A Band IV O.-Z. 209: Firma **Wilhelm Schillinger**, Freiburg-Haslach, ist erloschen. Am 15. Juli 31.

A Band X O.-Z. 146. Firma **Huthaus Oberlinden Egon Beyerbach** in Freiburg i. Br. Inhaber ist Egon Beyerbach, Kaufmann in Freiburg i. Br. Am 18. Juli 1931.

A Band V O.-Z. 167: Firma **Frau Anna Heil**, Freiburg, ist erloschen. Am 20. Juli 1931.

B Band IV O.-Z. 84, Firma **Vertriebs-Gesellschaft Skrebba mit beschränkter Haftung** in Freiburg i. Br.: Gustav Langhoff ist als Geschäftsführer abberufen; Otto Skrebba, Direktor in Freiburg i. Br., ist als Geschäftsführer bestellt. Am 15. Juli 1931.

B Band VI O.-Z. 73, Firma **Skrebograf, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Freiburg i. Br.: Dr. Erwin Mozer ist als Geschäftsführer abberufen; Hans Skrebba, Chefingenieur in Lahr i. B., ist als Geschäftsführer bestellt. Am 15. Juli 1931.

B Band VI O.-Z. 47, Firma **Schuhhaus Otto Hackenjos, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Freiburg i. Br.: Max Hosch ist als Geschäftsführer ausgeschieden; Karl Ipsen, Kaufmann in Stuttgart-Hedelfingen, ist als Geschäftsführer bestellt. Die Prokura des Kaufmanns Karl Ipsen in Stuttgart ist erloschen. Am 15. Juli 1931.

B Band VII O.-Z. 5. **Schlageter, Kohlenhandelsgesellschaft mit beschränkter Haftung**, Sitz Freiburg i. Br. Gegenstand des Unternehmens ist der Vertrieb von Brennstoffen u. Baustoffen aller Art sowie der Betrieb von sonstigen Unternehmungen jeglicher Art, die geeignet sind, die Gesellschaft und deren Unternehmen zu fördern. Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft berechtigt, gleichartige Unternehmungen oder solche ähnlicher Art zu erwerben, sich daran zu beteiligen, Zweigniederlassungen zu errichten, Grundstücke zu erwerben und zu veräußern und alle zum Betrieb und zu einer eventuellen Erweiterung des Unternehmens erforderlichen Geschäfte abzuschließen. Stammkapital: 20 000 Reichsmark. Geschäftsführer: August Schlageter, Kaufmann in Freiburg i. Br., und August Heß, Kaufmann in Mannheim. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Gesellschaftsvertrag vom 3. Juli 1931. Die Gesellschaft wird durch einen oder mehrere Geschäftsführer vertreten. Jeder Geschäftsführer ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Als Einlage auf das Stammkapital wird in die Gesellschaft eingebracht von den Gesellschaftern Franz Hirsch u. Georg Fastrich: a) Grundschuld über 15 000 RM., lastend auf dem Grundstück Schwarzwaldstraße Nr. 7 zu Freiburg i. Br., eingetragen im Grundbuch von Freiburg Band 206 Heft 23 in Abt. III Nr. 28, Grundstückslagerbuch Nr. 5007, b) Grundschuld über 5000 RM., lastend auf Grundstück „Im Lindengewann", Anwesen Eckebertstraße Nr. 30 zu Freiburg i. Br., eingetragen im Grundbuch von Freiburg Band 317 Heft 18 Abt. III lfd. Nr. 5, Lagerbuch Nr. 14 278/14, wofür ein Wert von 18 000 RM. festgesetzt ist, unter Anrechnung in dieser Höhe auf die volle Stammeinlage, und zwar zu zwei Drittel von Herrn Hirsch und zu einem Drittel von Herrn Fastrich. Am 18. Juli 1931.

B Band VI O.-Z. 17, Firma **Bauhütte Baden-Pfalz, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Karlsruhe, Betrieb Freiburg: Der Sitz der Hauptniederlassung ist nach Freiburg i. Br. verlegt. Die Zweigniederlassung in Freiburg ist zur Hauptniederlassung umgewandelt. Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 29. April 1931 wurde der § 1 des Gesellschaftsvertrags hinsichtlich des Sitzes der Gesellschaft geändert. Am 20. Juli 1931.

Heidelberg. B.39

Handelsregister Abt. A Band I O.-Z. 212: Die Firma **Peter Jaeger** in Heidelberg ist erloschen.

Band V O.-Z. 287 zur Firma **Pohling & Armbruster** in Heidelberg: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Roman Armbruster in Heidelberg ist nunmehr alleiniger Inhaber der Firma.

Abt. B Band I O.-Z. 29 zur Firma **Heidelberger Straßen- und Bergbahn-Aktiengesellschaft** in Heidelberg: Friedrich Kuckuck ist aus dem Vorstand ausgeschieden.

Band IV O.-Z. 104 zur Firma **Volksbausparkasse Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Heidelberg: Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 23. Juli 1931 wurde der Gesellschaftsvertrag geändert. Hugo Sexauer, Direktor in Pforzheim, ist als Geschäftsführer abberufen. Dem Albert Gerbracht, Kaufmann in Ludwigshafen a. Rh., ist Prokura erteilt.

Heidelberg, 25. Juli 1931.

Amtsgericht.

Karlsruhe. B.97

Handelsregistereinträge.

1. **Norbert Schächter & Co.**, Karlsruhe. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Norbert Schächter ist alleiniger Inhaber der Firma. Die Firma ist erloschen. 13. 8. 1931.

2. **Dr. Bohrmann & Co.**, Karlsruhe. Der Gesellschafter Dr. Ludwig Bohrmann ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. 14. 8. 1931.

Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. B.98

Handelsregistereinträge.

1. **„Badenia", Hypotheken- und Bausparkasse Gesellschaft mit beschränkter Haftung**, Karlsruhe (Friedrichsplatz 7). Gegenstand des Unternehmens: Der Abschluß und die Durchführung von Darlehensverträgen im Wege der gegenseitigen Selbsthilfe. 1. zur Ablösung von Hypotheken und Grundschulden, 2. zum Bau und Erwerb von Eigenheimen, 3. zum Um- oder Anbau von Gebäuden, 4. zum Erwerb von Grundstücken, die zum Betrieb eines Gewerbes oder zu anderweitiger Begründung einer Existenz eines Bausparers bestimmt sind. Die Gesellschaft ist weiterhin befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen zu beteiligen oder deren Vertretung zu übernehmen. Stammkapital: 20 000 RM. Geschäftsführer: Pius Köhler, Betriebsleiter, Karlsruhe, Peter Adam, Kaufmann, Knielingen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. Mai 1931 festgestellt und am 23. Juli 1931 in § 1 (Firma) geändert worden. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch die Karlsruher Zeitung. 10. 8. 31.

2. **Sabol, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Kühn & Co.**, Karlsruhe. Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers Friedrich Wilhelm Kühn ist infolge Ablebens beendigt. Dessen Witwe Erna Kühn geb. Albrecht sowie Kaufmann Anton Kühn, beide in Karlsruhe, sind als Geschäftsführer bestellt. 10. 8. 31.

3. **Süddeutsche Glashandels-Aktiengesellschaft**, Zweigniederlassung Karlsruhe, Hauptsitz Stuttgart. Carl Stein ist aus dem Vorstand ausgeschieden.

4. **Sigfa Sport-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, vormals Deutsche Signalflaggenfabrik** in Karlsruhe. Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers Longinus Jäckel ist beendet.

5. **L. Brombacher & Cie., Nachfolger, Gesellschaft mit beschränkter Haftung**, Karlsruhe. Durch Gesellschafterbeschluß vom 14. Juli 1931 wurde der Gesellschaftsvertrag in den §§ 7, 9 und 12 gemäß der eingereichten Urkunde geändert. Hiernach gilt insbesondere: Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so vertreten sie die Gesellschaft einzeln.

6. **F. Seneca, Eisengießerei, Gesellschaft mit beschränkter Haftung**, Karlsruhe-Mühlburg. Durch Gesellschafterbeschluß vom 13. Juni 1931 wurde der Gesellschaftsvertrag in § 5 durch Hinzufügung eines neuen Absatz 3 (Einziehung von Geschäftsanteilen) geändert. Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers Robert Stimbert ist infolge Ablebens beendet. Die Geschäftsführerin Albert Krämer Witwe Franziska genannt Fanny geb. Wetterer ist jetzt Witwe des Kaufmanns Robert Stimbert. 14. 8. 31.

7. **Hotelbaugesellschaft mit beschränkter Haftung**, Karlsruhe. Die stellvertretende Geschäftsführerin Frau Luise Wälde geb. Heck ist infolge Ablebens ausgeschieden. An deren Stelle wurde Hoteldirektor Walter Over, Ehefrau Irma, geb. Wälde, Karlsruhe, als stellvertretende Geschäftsführerin bestellt. 15. 8. 31.

Amtsgericht Karlsruhe.

Mannheim. B.13

Handelsregistereinträge vom 18. Juli 1931.

Frumentum, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag ist am 15. Juli 1931 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist: der Betrieb von Kommissions- und Agenturgeschäften in allen Getreide- und Futterartikeln sowie in ähnlichen Erzeugnissen. Die Gesellschaft kann auch Geschäfte für eigene Rechnung abschließen und sich an gleichen oder ähnlichen Unternehmungen beteiligen oder sie erwerben. Das Stammkapital beträgt 20 000 RM. Christoph Friedrich Strauß, Kaufmann, Hamburg, ist Geschäftsführer. Franz Heinrich Behrend, Mannheim, und Alois Kappeler, Hamburg, sind zu Einzelprokuristen bestellt. Wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind, so ist jeder Geschäftsführer zur Einzelvertretung der Gesellschaft berechtigt. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die gesetzlich vorgeschriebenen Bekanntmachungen der Gesellschaft werden nur im Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht. Geschäftslokal: D 4. 15.

L. R. Zeumer, Mannheim: Louis Richard Zeumer ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Kaufmann Richard Zeumer jun., Mannheim, ist als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten.

Gieser & Odenheimer, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Adolf Fromm und Heinrich Fromm sind nicht mehr Geschäftsführer.

Bad. Amtsgericht, F.-G. 4, Mannheim.

Mannheim. B.25

Handelsregistereinträge vom 22. Juli 1931.

Personenwaagen- und Automaten-Vertriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation, Mannheim: Die Firma ist erloschen.

Süddeutsche Glashandels-Aktiengesellschaft Filiale Mannheim in Mannheim als Zweigniederlassung der Firma Süddeutsche Glashandels-Aktiengesellschaft in Stuttgart: Carl Stein ist nicht mehr Vorstandsmitglied.

Gesellschaft für Industriebeteiligung mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag ist am 2. Juli 1931 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist: die finanzielle Beteiligung an industriellen Unternehmungen jeder Art. Das Stammkapital beträgt 100 000 Reichsmark. Christian Goebels, Fabrikant, Mannheim, ist Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder Geschäftsführer gemeinsam mit einem anderen Geschäftsführer oder einem Prokuristen berechtigt, die Gesellschaft zu vertreten. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft finden statt im Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftslokal: Inselstraße 8.

Gebrüder Hirsch, Mannheim. Die offene Handelsgesellschaft hat am 1. Juli 1930 begonnen. Paul Hirsch, Kaufmann, beide in Mannheim, sind persönlich haftende Gesellschafter.

Philipp Hoffmann, Mannheim: Die Firma ist erloschen.

Karl Busch, Vulkanisier-Anstalt und Handel mit Auto- u. Motorrad-Bereifung, Mannheim: Die Firma ist erloschen.

Bad. Amtsgericht, F.-G. 4, Mannheim.

Mosbach. B.45

Handelsregister B:

Die Firma **Holzindustrie-Aktiengesellschaft Mosbach** in Mosbach ist erloschen.

Mosbach, 23. Juli 1931.

Bad. Amtsgericht.

Neustadt i. Schw. B.26

Zum Handelsregister A Band I O.-Z. 102 wurde bei der Firma **„Mayer & Schladerer**, Feldberg, Schwarzwald", eingetragen: Die Firma ist geändert in „Mayer & Schladerer, Feldberghotel und Feldbergerhof, Gasthaus Feldbergturm, Feldberg, Schwarzwald". Neustadt (Schwarzwald), den 21. Juli 1931. **Badisches Amtsgericht.**

Pforzheim. B.9

Handelsregistereinträge.

Vom 11. 7. 1931, Firma **Theodor Frank**, Pforzheim: Die Prokura des Albert Meyle ist erloschen. — Vom 15. 7. 1931, Firma **Kollmar & Jourdan A.-G. Uhrkettenfabrik**, Pforzheim: Dem Kaufmann Reinhard Kollmar und dem Kaufmann Walter Müller in Pforzheim ist Gesamtprokura in der Weise erteilt, daß jeder in Gemeinschaft mit einem anderen Gesamtprokuristen der Gesellschaft zur Vertretung und Zeichnung befugt ist. — Firma **Hermann A. Kappler**, Pforzheim: Das Geschäft ist mit der Firma auf Hermann Adolf Kappler Witwe, Henriette geb. Schmidt, in Pforzheim übergegangen. Die Prokura des Karl Bauer besteht fort. — Firma **Carl Krug**, Pforzheim: Die Firma ist in **Carl Krug Nachf.** geändert. Das Geschäft ist mit der Firma auf Salli Ullmann, Kaufmann in Pforzheim, übergegangen. Der Übergang der im Betrieb des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist beim Erwerb des Geschäfts durch Salli Ullmann ausgeschlossen. — Firma **Wilhelm Hausch**, Pforzheim: Die Prokura des Arthur Keck ist erloschen. — Die Firmen **Emil Hoffmann, Anton Enghofer, Katz & Roesberger, Brimmer & Reich, L. Eise, Albert Zutavern, Staub & Wolf**, alle in Pforzheim, sind erloschen; bei letzterer ist die Gesellschaft aufgelöst. — Firma **„Vaterhaus" Bausparkasse, Gesellschaft mit beschränkter Haftung**, Pforzheim: Mit Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 14. Juli 1931 ist der Gesellschaftsvertrag in einigen Punkten abgeändert. Auf die Urkunde über die Abänderung wird Bezug genommen. Die Vertretungsbefugnis des Rudolf Lehner ist beendet. Als Geschäftsführer wurden bestellt: Rudolf Curschmann, Bankdirektor in Kirchheimbolanden, und Emil Baral, Kaufmann in Pforzheim. Dem Karl Bäuerle in Birkenfeld, O.-A. Neuenbürg, ist Prokura erteilt in der Weise, daß er gemeinschaftlich mit einem Geschäftsführer die Gesellschaft zu vertreten und die Firma zu zeichnen befugt ist.

Amtsgericht Pforzheim.

Villingen. B.43

Handelsregistereintrag.

B Band I O.-Z. 55: **Fa. Messingwerk Schwarzwald AG.** in Villingen. Erwin Junghans ist aus dem Vorstand ausgeschieden und an seiner Stelle Karl Eychmüller, Direktor a. D. in Ulm, zum Vorstandsmitglied bestellt.

Villingen, 23. 7. 1931.

Bad. Amtsgericht. I.

Waldkirch i. Br. B.18

Handelsregister A Bd. II O.-Z. 38 — Firma **Emil Woerner, Möbel und Dekorationen**, Waldkirch i. Br. —: Jetzt offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. Juli 1931 begonnen. Als persönlich haftende Gesellschafter sind in das Geschäft eingetreten: Frau Marie Woerner geborene Spielberger, Willy Thümmel, Tapeziermeister, Frau Emma Thümmel geb. Woerner, Elise Woerner, ledig, Walter Woerner, Kaufmann, alle in Waldkirch i. Br.

Waldkirch i. Br., 10. 7. 31.

Bad. Amtsgericht.

Im eigenen Interesse aller Mieter, die bis zum 1. Oktober umziehen,

bitten wir dringend, die entsprechende

Berichtigung im neuen Karlsruher Adreßbuch bis spätest. 2. September

zu veranlassen, mit Angabe der neuen und der alten Wohnung. Zahlreiche Mieter haben dies bereits getan, Aufnahme der neuen Anschrift ist nur noch bis zum genannten Zeitpunkt möglich. B.5

Verlag G. Braun

Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14

B.108. **Karlsruhe.** Ueber das Vermögen des Kaufmanns **Rudolf Bieser** in Karlsruhe, Kaiserstr. 225, wurde heute nachmittag 5 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Vertrauensperson ist: Verbandsdirektor Leopold Steinel in Karlsruhe, Bad. Handelshof. Vergleichstermin ist am **Donnerstag, den 17. September 1931, nachm. 4½ Uhr** vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße 8, 3. Stock, Zimmer Nr. 252. Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst Anlagen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Karlsruhe, den 19. August 1931. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 8.**

B.109. **Karlsruhe.** Ueber das Vermögen des **Christoph Häfele** in Karlsruhe, Karlstraße 110/12, Zimmergeschäft, wurde heute nachm. 5 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Vertrauensperson ist: Bücherrevisor Wilhelm Fries in Karlsruhe, Georg-Friedrich-Straße 22. Vergleichstermin ist am **Mittwoch, den 16. September 1931, nachmittags 4 Uhr**, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 4, 2. Stock, Zimmer Nr. 131. Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst Anlagen, sowie das Ergebnis der weiteren Ermittelungen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Karlsruhe, den 19. August 1931. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 3.**

Sommer-Operette im Städt. Konzerthaus

Dienstag, 25. August 1931

Die lustige Witwe

Operette von Franz Lehár

Dirigent: Stern

Regie: Reißner

Mitwirkende:

Löser, Jank, Macher, Jeßner, Hertenstein, Schneitz, Schnitzer, Kurr, Mehner, Ziegler, H. Lindemann, E. Rivinius, Reißner, H. Rivinius, Cortiaux, Motschmann, Hellmuth, Tubach, E. Lindemann, Köhler

Anfang 20 Ende nach 22½

Preise 1—4 RM

Mi. 26. 8. Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren.

Bücherrevisoren und Treuhänder

Otto Marx L.334

beeidigter Bücherrevisor und kaufm. Sachverständiger für den Bezirk der Handelskammer Karlsruhe (Baden)

Badischer Handelshof, Fernsprecher 4762

Revisionen / Buchanlagen / Steuerberatungen / Gutachten Sanierungen / Gerichtliche und außergerichtliche Vergleiche Liquidationen / Vermögens- und Hausverwaltungen.

Theodor Theissen, Karlsruhe

Kaiserstraße 175 Telephon 4922

Büro für kaufmännische Beratung

Revisionen / Bilanzen / Verträge

Bearbeitung von Aufwertungsangelegenheiten

Auskunftei L.332

Bücherrevision L.333 **Steuerberatung**

Neueinrichtung, Fortführung u. Überwachung von Buchführungen, Abschlüsse u. Bilanzaufstellung, Sanierungen, außergerichtliche u. gerichtliche Vergleiche.

Paul Glässer

Bücherrevisor und kaufmännischer Sachverständiger. Zugelassen zur Vertretung bei den Finanzämtern

KARLSRUHE

Kaiserstr. 199 b. Waldstr. Fernspr. 3162

Druck G. Braun, Karlsruhe.